

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 19. Februar 2024; Bericht

Am 19. Februar 2024 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Lage im Nahen Osten, Russlands Aggression gegen die Ukraine sowie Sahel.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten fand ein informeller Austausch mit Julia Nawalnaya statt. Julia Nawalnaya sprach darüber, dass Vladimir Putin ihren Ehemann Alexej Nawalny und damit die Hoffnung vieler Menschen getötet habe. Sie habe in einer Nachricht an die Unterstützerinnen und Unterstützer von Alexej Nawalny bekräftigt, dass sie seine Arbeit fortsetzen werde. Sie brachte konkrete Vorschläge und Forderungen vor, darunter die Nicht-Anerkennung der kommenden Wahlen in Russland, ein konsequenteres Vorgehen bei Sanktionen und die Unterstützung der ins Ausland fliehenden Russinnen und Russen. Der Hohe Vertreter und Vizepräsident der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell bekräftigte die Fortsetzung der EU-Unterstützung für die russische Zivilgesellschaft.

Ebenfalls unter Laufenden Angelegenheiten gab Polen auch im Namen von Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Litauen, Lettland, Niederlande, Rumänien, Schweden und Irland eine Stellungnahme zu Belarus ab. Die Ratschlussfolgerungen seien ein starkes politisches Signal an das belarussische Regime, die Bevölkerung und die demokratischen Kräfte. Es müssten weitere Sanktionsmaßnahmen getroffen werden, als Reaktion auf Handlungen seitens Belarus wie hybride Angriffe, die Unterstützung für Russlands Angriffskrieg, die Zustimmung zur Stationierung von russischen Nuklearwaffen und die aktive Rolle bei der Deportation von Kindern aus der Ukraine.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten unterstützte ich, gemeinsam mit weiteren EU-Mitgliedstaaten, die Annahme von weiteren Sanktionen gegen die Hamas. Darüber hinaus

begrüßte ich die Bemühungen der EU für Konsensbildung und betonte, dass die EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der großen politischen Ziele einer Meinung seien. Mit dem Vorwurf der Doppelstandards v.a. aus der arabischen Welt sei die EU bereits seit Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine konfrontiert. Der Unterschied sei, dass man bei der Ukraine von Beginn an zusammengestanden habe. Diesen Zugang brauche es nun auch zum Nahen Osten. Es seien humanitäre Pausen nötig, damit die Geiseln freikämen und mehr humanitäre Hilfe den Gazastreifen erreiche. Zu UNRWA forderte ich volle Aufklärung der Vorwürfe, wonach sich UNRWA-Mitarbeiter am Hamas-Massaker des 7. Oktober beteiligt hätten und folgend die Umsetzung konkreter Maßnahmen durch UNRWA zur Stärkung der Aufsicht und Kontrolle über die Mitarbeiter. Weiters unterstützte ich Maßnahmen gegen radikale israelische Siedler, deren Provokationen vor allem in der jetzigen Situation Öl ins Feuer gießen.

In der Diskussion zu Russlands Aggression gegen die Ukraine dankte der per Video zugeschaltete ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba der EU ausdrücklich für die große Unterstützung seit dem 24. Februar 2022, fokussierte dann aber vor allem auf die schwierige Situation der Ukraine aufgrund des Engpasses an Artilleriemunition. Er ersuchte eindringlich um jede mögliche Anstrengung, um weitere Munition bereitzustellen. Abschließend erwähnte er die Notwendigkeit von Fortschritten bei Sanktionen, dem EU-Erweiterungsprozess und der Europäischen Friedensfazilität (EFF) sowie dem Outreach zum Rest der Welt. Der Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, Olivér Várhelyi, informierte über die Vorbereitung der ersten Brückenfinanzierung aus der Ukraine-Fazilität, die Arbeiten an der Erfassung der Wiederaufbau-Bedürfnisse sowie den steigenden Bedarf an humanitärer Hilfe. In der Diskussion lag der Fokus ebenfalls auf der Notwendigkeit der weiteren militärischen Unterstützung. Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten hofften auf eine rasche Einigung zur EFF/Ukraine Assistance Fund. Zu Sanktionen wurde von manchen um rasche Arbeit an weiteren sektoriellen Maßnahmen sowie gegen Sanktionsumgehung ersucht.

Zum Tagesordnungspunkt Sahel verwies HV/VP Borrell auf die Grenzen des bisherigen EU-Vorgehens im Sahel. Es gelte nun, einen differenzierteren und transaktionelleren Ansatz gegenüber der Region zu fahren und stärker mit jenen Staaten zusammenzuarbeiten, welche dafür offen seien, wie etwa Mauretanien oder Tschad. Die Kommissarin für internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, kündigte einen pragmatischeren, flexibleren und prinzipiengetreuen Ansatz in der Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit an, welcher auf die Bedürfnisse der Lokalbevölkerung und die Stärkung der Resilienz der Nachbarregionen und die Verhinderung von Spill-Over-Effekten abzielt. EU-Sondergesandte für den Sahel Emanuela del Re informierte zu den

aktuellen ECOWAS-internen Überlegungen. Konsens der EU-Mitgliedstaaten bestand hinsichtlich der Notwendigkeit, im Sahel engagiert zu bleiben. Die EU-Mitgliedstaaten begrüßten das EAD-Optionenpapier als gute Diskussionsgrundlage und stimmten den HV/VP-Vorschlägen für die weitere Vorgehensweise zu. HV/VP Borrell schlussfolgerte, dass die EU die Entwicklungen innerhalb der ECOWAS berücksichtigen werde, diplomatische Kontakte mit den drei Junta-Staaten werden auf lokaler Ebene aufrechterhalten. Die Diskussion solle bei einem künftigen RAB fortgesetzt werden. Die Entscheidung bezüglich der EUTM Mali müsse im Rahmen der strategischen Überprüfung im Mai fallen. Die EFF-Unterstützungsmaßnahme für Niger bleibe bis auf weiteres suspendiert.

Unter Sonstiges thematisierten Estland, Litauen, Lettland und Polen die Strafermittlungen in Russland gegen Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten.

Der Rat nahm einen Beschluss zur Einleitung der Operation der Europäischen Union der maritimen Sicherheit zur Wahrung der Freiheit der Schifffahrt im Zusammenhang mit der Krise im Roten Meer (EUNAVFOR ASPIDES) sowie Schlussfolgerungen zu Belarus an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

10. April 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister